

Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Mittwoch, dem **14.03.2012**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 28.02.2012**
- 4. Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlage: 052/2012**
- 5. Erlass eines Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 053/2012**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz als Ausschussvorsitzender
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Oliver Kohls

Zuhörer/in

Ratsfrau Petra Ducci
Ratsherr Folkert Feeken
Ratsherr Hermann Kleemann
Beigeordneter Matthias Lührs
Ratsherr Reinhard Oncken bis 17:27 Uhr
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier
Ratsherr Achim Rutz
Beigeordneter Andreas Schindler
Beigeordneter Alexander von Fintel

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachangestellte Brigitte Tra- als Schriftführerin
mann
Auszubildende Denise Borchers

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 28.02.2012**

Zur Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 28.02.2012 wurden von der Gruppe Grüne / FDP zwei Änderungswünsche vorgetragen:

1. Der Antrag, keine Kürzung des Zuschusses an die Arbeitsloseninitiative vorzunehmen, wurde von der Gruppe Grüne / FDP gestellt.
2. Ebenso verhält es sich mit dem Vorschlag der Kürzung des Tourismusansatzes.

Die Änderungen wurden beschlossen.

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 3 vom 28.02.2012 wird unter Berücksichtigung der o. a. Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

4. **Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzeptes**
Vorlage: 052/2012

Die Verwaltung stellte das Haushaltssicherungskonzept vor und erklärte, dass alle Ertragsverbesserungen, Aufwandskürzungen und sonstige Änderungen, die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes enthalten waren, im Entwurf der neuen Haushaltssatzung enthalten und berücksichtigt worden sind.

Einige Ausschussmitglieder betonten, dass die Gemeinde die finanziellen Probleme in den nächsten Jahren nicht aus den Augen verlieren, und die Sparmaßnahmen auch weiterhin in Angriff nehmen sollten.

Die Gruppe Grüne / FDP bemängelte, dass ein großer Teil der Einsparungsmöglichkeiten in die Zukunft verschoben wurde. Die Probleme würden somit in die Jahre 2013 bis 2015 verlagert. Dennoch wurde dem Haushaltssicherungskonzept zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt gem. § 110 Abs. 6 NKomVG das dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2012 in der Form, wie es sich aus der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2012 ergibt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

5. Erlass eines Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 **Vorlage: 053/2012**

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung wurde vom Ausschussvorsitzenden angemerkt, dass in der Presse schon Zahlen genannt wurden, obwohl noch kein konkreter Beschluss vorlag.

Von der Verwaltung wurde ausgeführt, dass die Zahlen im Gegensatz zum Finanzhaushalt im Ergebnishaushalt nicht korrekt dargestellt worden sind, da die Aufwendungen für die Abschreibungen teilweise falsch umgerechnet wurden. Dieser Fehler wird bis zur 2. Lesung berichtigt.

Die Eckpunkte des Haushaltsplans wurden in einer Powerpointpräsentation von der Verwaltung vorgestellt. Diese Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Im Finanzhaushalt der Gemeinde Sande wurde ein Fehlbedarf von 3,47 Mio. € festgestellt. Ein großer Anteil an diesem Fehlbedarf sind die Rückzahlungen der Gewerbesteuern. Durch diese Rückzahlungen sind im Haushalt 2012 keine Gewerbesteuererinnahmen zu veranschlagen. Die Gemeinde hat zwar Einnahmen in diesem Bereich, diese fließen aber komplett in die Gewerbesteuerückzahlungen.

Eine Veränderung der Realsteuerhebesätze wird nicht vorgenommen. Sie liegen seit 2010 bei 400 %.

Im Ergebnishaushalt erhöhen sich die Erträge aus den Benutzungsgebühren. Hierbei handelt es sich u. a. um die Straßenreinigungsgebühren, die von 0,96 € auf 0,99 € steigen und um die zentrale Abwasserbeseitigung, die von 1,60 € auf 1,89 € je cbm Abwasser erhöht wird.

Auch in Zukunft ist mit steigenden Abwassergebühren zu rechnen, da das Kanalnetz der Kläranlage im umfangreichen Maße reparaturbedürftig ist. In der Gebührenermittlung sind grundsätzlich derartige Kosten für Reparaturen enthalten. So auch die Instandsetzung der Druckrohrleitung im Bereich des Gewerbegebietes Anfang des Jahres.

Zu dem werden höhere Aufwendungen als im Vorjahr erwartet. Die Personalaufwendungen werden im Haushaltsjahr 2012 um 78.000,00 € auf 4.093.000,00 € steigen, hierbei ist zunächst eine Tarifierhöhung von 3 % berücksichtigt worden.

Dagegen bleiben die Zinsaufwendungen in diesem Jahr gleich hoch bei 200.000,00 €

Zinsaufwendungen für Kredite für Investitionen fielen im Jahr 2011 geringer aus als veranschlagt, da nicht das gesamte Kreditvolumen ausgeschöpft wurde.

Die Kreisumlage, die die Gemeinde an den Landkreis Friesland abführen muss, steigt in diesem Jahr auf 3,45 Mio. €

Im Zusammenhang mit der Kreisumlage wurde darauf hingewiesen, dass sich die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer noch nicht in diesem Haushaltsjahr auswirken. Entsprechende Auswirkungen machen sich immer um ein Jahr versetzt bemerkbar.

Bei Investitionen sind Ausgaben in Höhe von 681.400,00 € geplant. Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushalt 2012 nicht veranschlagt.

Der Stellenplan der Gemeinde Sande bleibt in seiner jetzigen Form bestehen, da das ermittelte Einsparpotential im Personalbereich durch Stellenabbau bzw. Arbeitszeitkürzung im Bereich der befristeten Beschäftigungsverhältnisse erfolgt, die nicht im Stellenplan aufgeführt sind.

Die Pro-Kopf-Verschuldung hat einen Anstieg von 130,00 € zu verbuchen. Im letzten Jahr lag diese noch bei 564,00 € und in diesem Jahr bei 694,00 € je Einwohner. Sie liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt, der 606,00 € beträgt.

Die Ausgaben für den Bahnübergang Deichstraße betragen lt. Investitionsplan 400.000 €. Dazu wurde von der Verwaltung ausgeführt, dass hiervon ein Haushaltsrest aus dem Vorjahr in Höhe von 250.000 € einzubeziehen ist.

Es wurde daraufhingewiesen, dass im Investitionsplan auf Seite 62 die Maßnahmen I1000135 bis I1000137 zusätzlich eingefügt wurden. Es handelt sich dabei um Ausgaben, die erst ab dem Jahr 2013 zu Buche schlagen. Für den Treppenlift, der im Jahr 2013 im Landrichterhaus installiert werden soll, ist ein Zuschuss von 50 % zu erwarten.

Diese Veranschlagungen werden in den Fraktionen beraten.

Ein Ausschussmitglied der CDU bemerkte, dass die Entwicklung schon in 2011 abzusehen war und dass durch die steigende Verschuldung die finanzielle Lage in 2014 überaus schlecht aussehen würde. Die Gemeinde würde ohne fremde Hilfe nicht mehr dieser Lage entkommen und dann eventuell in die Zahlungsunfähigkeit geraten.

Die SPD-Fraktion bemängelt, dass die Gemeinde in ihrem Haushalt keinen Puffer für unvorhergesehene Maßnahmen berücksichtigt hat.

Es soll über Vorschläge zur Verbesserung der finanziellen Lage in den Fraktionen beraten werden.

Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass auch in Zukunft Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit das oberste Gebot sein sollte.

Von einem Mitglied der CDU wurde gefragt, ab welchem Schuldenstand der Landkreis in die Haushaltsplanung der Gemeinde eingreift.

Daraufhin wurde vom Bürgermeister erläutert, dass er sich mit dem Landkreis bereits in Verbindung gesetzt hat. Der Landkreis sieht derzeit keine Veranlassung einzugreifen, da die Situation noch nicht so dramatisch ist. Eine genaue Zahl des Defizits bzw. des Schuldenstandes kann nicht genannt werden. Dies ist von der Gesamtsituation in jedem Einzelfall abhängig. Selbst durch die zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Bahnumgehung, ist von einem Eingreifen des Landkreises nicht zwangsläufig auszugehen.

Von einem Ratsmitglied der CDU wurde gefragt, wann die Kassenkredite endgültig zurückgezahlt werden könnten. Dazu wurde von der Verwaltung ausgeführt, dass hier kein Termin genannt werden könne. Die Verminderung bzw. vollständige Vermeidung der Inanspruchnahme von Kassenkrediten lässt sich nur durch weitere tiefgreifende Sparmaßnahmen verwirklichen.

Ein Ausschussmitglied der Gruppe Grüne / FDP bemerkte, dass das Kreditvolumen in den kommenden Jahren auf 17 Mio. € ansteigt. In diesem Betrag ist auch der Liquiditätskredit in Höhe von ca. 5 Mio. € enthalten. Darauf wurde von der Verwaltung entgegnet, dass Liquiditäts- und Investitionskredite nicht zusammengerechnet werden. Dennoch ist diese Gesamtverschuldung zu erwarten.

Weiter wurde von einem Ratsmitglied dieser Gruppe gesagt, dass für den Bund und das Land eine Schuldenbremse vorgeschrieben ist. Dies sollte sich die Gemeinde auch zu Eigen machen. Bisher seien nur Einsparungen in fünfstelliger Höhe erzielt worden, dies müsse sich in Zukunft auf sechs- bis siebenstellige Beträge erhöhen.

Die Gruppe Grüne / FDP wandte sich mit der Aussage an die SPD, dass sie die finanzielle Situation nicht ernst nehmen würde.

Diese Aussage wurde von SPD-Ausschussmitgliedern vehement zurückgewiesen.

Ein Ratsmitglied der CDU erklärte, dass durch die Einsparung zweier Saisonkräfte auf dem Bauhof bereits Personalkosten eingespart werden. Zur massiveren Personalkostenreduzierung wurde evtl. auch eine Fusion mit anderen Kommunen in Betracht gezogen.

Von allen Fraktionen und Gruppen wurde eine Beibehaltung der Haushaltskonsolidierung als Grundlage zur Verbesserung der Situation gewünscht.

Der Ausschussvorsitzende appellierte an alle, aufeinander zuzugehen, konstruktive Vorschläge zu machen und nicht nur Kritik zu üben.

Die Haushaltssatzung wird zur Beratung in die Fraktionen gegeben.

Beschlussvorschlag:

- Fraktionsberatungen -

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Ein Ratsmitglied der SPD-Fraktion sprach die eventuelle Schließung von drei Filialen des Schlecker-Konzerns, einschließlich Ihr Platz, an und bemerkte, dass Schlecker nicht ohne eine fiskalische Hilfe aus der finanziellen Lage herauskommt.

Er appellierte an den Rat und an die Verwaltung, dass eine Resolution verabschiedet werden sollte, die sich für die Einrichtung einer Transfergesellschaft zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und Verbesserung der Vermittlung der Beschäftigten einsetzt. Sie diene auch dazu Einkaufsmöglichkeit im Bereich der Drogerie in Sande zu erhalten. Eine entsprechende Resolution ist von der Verwaltung vorzubereiten.

Ein Ratsmitglied der CDU entgegnete daraufhin, dass keine Steuermittel für den Schleckerkonzern fließen sollten.

Ein Ratsmitglied der Gruppe Grüne / FDP führte hierzu aus, dass nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsförderungsverein eine Filiale in Sande

erhalten bleiben soll. Auch er sprach sich für eine diesbezügliche Resolution aus.

Schluss der Sitzung: 17:57 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin